

# Wie viel Abhängigkeit darf es sein?

Chinesische Beteiligung am Hamburger Hafen: „Containerterminal for sale“, FR-Wirtschaft vom 22. Oktober

## Ausgerechnet die FDP ist gegen den freien Handel

Danke für diesen sachlichen und gut informierenden Artikel. China ist nach wie vor kein Feind, sondern seit Jahrzehnten ein guter, verlässlicher Handelspartner. Natürlich verfolgt China eigene Interessen – aber vorliegend geht es um eine Minderheitsbeteiligung an einer Teilgesellschaft des Hafens, wie das international völlig normal ist. Man sollte daher nicht gleich das Kind mit dem Bade ausschütten. Dass sich nun ausgerechnet die FDP gegen den freien Handel positioniert, wirkt schon recht seltsam.

Michael Hafkemeyer, Hamburg

## Kritische Infrastruktur in chinesischen Händen

Ist denn der Bundeskanzler Olaf Scholz und ehemalige Bürgermeister von Hamburg jetzt von allen guten Geistern verlassen und will möglicherweise der chinesischen Beteiligung durch den Staatskonzern Cosco an einem der Hamburger Terminals mit bis zu 35 Prozent zustimmen? Die Terminals des Hamburger Hafens gehören zweifelsfrei zur kritischen Infrastruktur und sollten keinesfalls in chinesische Hände fallen. Es ist die Absicht der chinesischen Staatsführung, ihren Einfluss (Stichwort: Neue Seidenstraße) auch auf den weltweiten Container-Schiffsverkehr immer mehr auszuweiten und die Konditionen zu bestimmen, denn Peking behält die Teile seiner eigenen Wertschöpfungskette in staatlicher Hand. Die gesellschaftspolitischen Auswirkungen müssten gerade Bundeskanzler Scholz bestens bekannt sein.

Dieter Obst, Wiesbaden

## Deals wie dieser sichern nicht zuletzt Arbeitsplätze

Ungeachtet der gut recherchierten Fakten im oben genannten Artikel werden die Aussagen

mancher Politiker und Medien zum Fall Cosco immer absurder. „Hamburger Hafen in Chinas Händen“, titelte am 24.10. die FAZ aufgrund des beabsichtigten Erwerbs einer Beteiligung von 35 Prozent an einem der vier Containerterminals. Und eine geheime Risikoanalyse aus Habecks Ministerium orakelt, dass „im Krisenfall Deutschland den Zugriff auf von China beeinflusste Infrastruktur verlieren könnte“. Das alles nur, weil die chinesische Reederei Cosco eine Minderheitsbeteiligung an einer Tochtergesellschaft der Hamburger Hafen- und Logistik AG (HHLA) erwerben möchte. Die Hamburger hoffen, dadurch zum bevorzugten Umschlagplatz für chinesische Produkte in Europa zu werden.

Allen Ernstes wird jetzt behauptet, es komme durch den geplanten Erwerb voraussichtlich zu einer wesentlichen Vertiefung des chinesischen Einflusses nicht nur in Deutschland, sondern in der EU. Merkwürdig nur, dass die betroffene chinesische Reederei bereits Beteiligungen an 14 europäischen Häfen hält, ohne dass aktuell aus diesen Städten oder Ländern ähnliche Befürchtungen geäußert werden.

Bei einem Scheitern des Deals stehen Gewinner und Verlierer schon fest: Der Hamburger Hafen würde noch mehr Marktanteile verlieren gegenüber Antwerpen und Rotterdam, während die beiden Häfen – bereits heute mit einem Warenumschlag von über 400 Millionen Tonnen (Rotterdam) und über 200 Millionen Tonnen (Antwerpen) die größten Häfen Europas gegenüber Hamburg (über 100 Millionen Tonnen) – die Gewinner sein werden. Ist es nicht unverantwortlich, angesichts der vielen Krisenmeldungen aus der Wirtschaft, hier leichtfertig viele Arbeitsplätze aufs Spiel zu setzen? Wir sind doch froh, wenn unsere Produkte auch im Reich der Mitte weiterhin erfolgreich

verkauft werden und damit Wertschöpfung bei uns gesichert wird. Peter zur Nieden, Trier

## Deutschland verkauft sich gehörig unter Wert

Die Kritik an einer möglichen Veräußerung eines Teils des Hamburger Hafens an China führt nicht weit genug. Schließlich liegt das entscheidende Problem nicht nur in einer zunehmenden einseitigen Abhängigkeit, sondern darin, dass Deutschland sich auf internationaler Ebene gehörig unter Wert verkauft, wenn es lieber, was ansonsten eher marode Volkswirtschaften tun, sein Tafelsilber veräußert, anstatt selbst in moderne, wettbewerbsfähige Infrastruktur zu investieren. Wobei in diesem konkreten Fall erschwerend hinzukommt, dass gerade in der Zeit des Kanzlers als Erstem Bürgermeister der Hansestadt mit Digitalisierung und Nachhaltigkeit zwei entscheidende Megathemen für einen erfolgreichen maritimen Standort im 21. Jahrhundert ziemlich verschlafen wurden, da der Fokus mehr auf dem Hochglanzprojekt Hafencity mit neuen Prestigebauten wie dem Elbtower lag, die das Gegenteil einer Respektgesellschaft widerspiegeln, indem ein vornehmlich reiches Publikum künftig auf den benachbarten ärmeren Kiez Veddel mit einer starken negativen Symbolik für den sozialen Zusammenhalt regelrecht herablicken darf.

Deshalb sollte man im Kanzleramt seine Philosophie gehörig überdenken, zumal es für Hamburg eine wesentlich bessere Zukunftsalternative gäbe, um nicht weiter abgehängt zu werden, indem man sich endlich mit dem Tiefwasserhafen Jade-Weser-Port in Wilhelmshaven zusammenschließt, was bei der jeweiligen Logistik ungemein gut zusammenpassen würde!

Rasmus Ph. Helt, Hamburg

Diskussion: [frblog.de/cosco](https://frblog.de/cosco)



**BRONSKI IST IHR MANN IN DER FR-REDAKTION**

### Schreiben Sie an:

Bronski  
Frankfurter Rundschau  
60266 Frankfurt am Main

### Mailen Sie an:

[Bronski@fr.de](mailto:Bronski@fr.de) oder  
[Forum@fr.de](mailto:Forum@fr.de)

Bitte geben Sie dabei immer Ihre vollständige Adresse an!

Mit der Einsendung erklären Sie sich einverstanden, dass Ihre Zuschrift auch online unter [www.frblog.de](https://www.frblog.de) veröffentlicht werden kann.

Diskutieren Sie mit!

Die Redaktion behält sich vor, Zuschriften zur Veröffentlichung zu kürzen.

## ZUSCHRIFTEN ONLINE

Alle Stimmen dieses Forums wurden auch online im FR-Blog veröffentlicht, der Fortsetzung des Print-Forums im Internet. Lesen Sie hier: [frblog.de/f20221025](https://frblog.de/f20221025)

## FR ERLEBEN

**Michael Hesse** moderiert die Diskussionsveranstaltung „Paulskirche – wie weiter? Zwischen nationalem Gedenken und globaler Demokratie“. Mit Dorothee Linnemann (Historisches Museum), Mirjam Wenzel (Jüdisches Museum und Expertenkommission Paulskirche), Bettina M. Wiesmann (Bürgerverein Demokratieort Paulskirche), Thomas Gebauer (Utopischer Raum/Netzwerk Paulskirche). Infos, Anmeldung (erforderlich): [evangelische-akademie.de/kalen](https://evangelische-akademie.de/kalen) der **Montag, 31. Oktober, 19 Uhr Evangelische Akademie, Römerberg 9, Frankfurt**

**Andreas Schwarzkopf** moderiert die Podiumsdiskussion „Krieg in Europa – das transatlantische Bündnis nach Russlands Krieg gegen die Ukraine“. Mit Bascha Mika (FR-Autorin), Dominik Tolsdorf (Deutsche Gesellschaft für Äußerwärtige Politik) und Reinhard Vesper (FAZ). **Donnerstag, 3. November, 19 Uhr Evangelische Akademie, Römerberg 9, Frankfurt**

# Ein Wort ist kein Wort

Zu: „China verteidigt Prügel gegen Demonstrierende“, FR-Politik v. 19.10.

Wenn ich an China und vor allem an Hongkong denke, frage ich mich, wie viel Wert das Wort einer chinesischen Regierung noch haben kann. 50 (Jahre ein Land, zwei Systeme) ist 50 und nicht 25. Patrick Libuda, Frankfurt

# Kein Mensch ist illegal

Zu: „Faeser will mehr Abschiebungen“, FR-Politik vom 20. Oktober

Die Aussage von Innenministerin Faeser, man müsse illegale Einreisen stoppen, „damit wir weiter den Menschen helfen können, die dringend unsere Unterstützung brauchen“, ist zynisch. Benötigen die Menschen, die auf der Balkanroute und über das Mittelmeer kommen, unsere Hilfe nicht ebenfalls dringend? Mit welcher Begründung wird ihnen die Hilfe als nicht dringend abgesprochen? Europa und Deutschland brauchen nicht mehr Abschottung, sondern andere, bessere Zugangsregelungen. Solange es keine erfolgreiche Bekämpfung der Fluchtursachen gibt, gilt weiter: Kein Mensch ist illegal. Georg Horcher, Frankfurt

# Zu wenig Bewegung

Deutsche: „Viel zu träge“, FR-Panorama vom 20. Oktober

Geradezu erschütternd, um nicht zu sagen: skandalös ist die Tatsache, dass 80 Prozent der Jungen und 88 Prozent der Mädchen sich zu wenig bewegen. Zu den Ursachen zählt sicher, neben familiären und sozialen Faktoren, unser völlig unzureichendes Schulsystem. Obiger Befund sollte angesichts der Folgen im medizinischen und psychologischen Bereich so alarmierend, dass endlich flächendeckend gebundene Ganztagschulen für die ersten neun Jahre etabliert werden (siehe Finnland). Das würde täglichen Sport ermöglichen und damit Kindern und Jugendlichen helfen, diesen so wichtigen Teil des Lebens zu erfahren und in ihr Leben zu integrieren. Volkswirtschaftlich betrachtet würde das überdies Milliarden sparen. Barbara Neurohr, Saarbrücken

## SORRY

Im Artikel „Gewinnabgabe bremst Windkraft“ (21.10., S.12) haben wir geschrieben, dass Baden-Württemberg derzeit von Grün-Rot regiert werde. Richtig ist: Dort regiert eine Koalition aus Grünen und CDU unter dem grünen Ministerpräsidenten Winfried Kretschmann.

# Gefangen in einer halluzinierten Opferrolle

Dr. Hontschiks Diagnose: „Nürnberger Ärzteprozess – Worum es 75 Jahre danach noch immer geht“, FR-Panorama v. 22.10.

Dankenswerterweise erinnert Bernd Hontschik an den Nürnberger Ärzteprozess und den „Nürnberger Kodex“, den das Gericht im Zuge der Urteilsverkündung am 20. August 1947 als eine ethische Richtlinie über Experimente mit und an Menschen formulierte. 75 Jahre später – am 20. August 2022 – fand zu diesem Anlass in Nürnberg eine „Gedenkveranstaltung“ unter dem Motto „Nie wieder Zwangsméizin“ statt. Doch um die Opfer geht es bei diesem „Gedenken“ keineswegs, sondern allein um deren Instrumentalisierung für den eigenen Protest: den Protest von Esoterikern, Impfgegnern und „aufrechten Bürgern“, die sich in ihrer halluzinierten Opferrolle in der Pandemie mit den Opfern der systematischen Verbrechen der deutschen Ärzteschaft in der NS-Zeit gleichsetzen.

Erfreulicherweise gab es eine Gegenkundgebung, bei der Roberto Paskowski von den Deutschen Sinti und Roma (auch Angehörige seiner Familie zählten zu den Opfern!) klarstellte: Die Gleichsetzung der medizinischen Maßnahmen gegen Corona mit den NS-Verbrechen der damaligen Ärzteschaft stellt nicht nur eine Verharmlosung dieser Verbrechen dar, sondern eine grenzenlose Demütigung und Verachtung der Opfer.

Medizinverbrechen wie Fleck- und Gelbfieberexperimente, Unterkühlungs- und Meerwasserversuche, Sterilisationen und systematische Morde an etwa 300 000 kranken und behinderten Menschen und Unbeschreibliches mehr mit Maskenpflicht, „Impfzwang“ und anderen (sehr wohl kritikwürdigen) Corona-Maßnahmen gleichzusetzen, ent-

larvt die Menschenverachtung und den Zynismus all jener, die sich einer solchen Argumentation anschließen und sich gar als „Widerstandskämpfer“ bezeichnen. Diese verquere Weltsicht hat Tradition. Schon damals wurden die Nürnberger Prozesse als „Siegerjustiz“ diffamiert – auch von seiten der beiden Kirchen. Mit dem Rückbau des berühmten Saals 600 im Justizpalast in den 60er Jahren wollte man die Vergangenheit tilgen. Dagegen steht die Vereinigung von Ärzten und Ärztinnen gegen Atomkrieg und für soziale Verantwortung (IPPNW), die in Nürnberg ihren Kongress „Medizin ohne Gewissen“ abhielt. Ein Thema: Corona-Maßnahmen kritisch und differenziert zu betrachten und daraus Konsequenzen zu ziehen. Ganz im Sinne des Nürnberger Kodex.

Barbara Mühlich, Nürnberg